



EBBK Kurznachrichten – Sitzung vom 13.04.2017

Charta Verbundpartnerschaft: Spielregeln für die Zusammenarbeit

Die EBBK hat im Herbst 2016 die Charta für die Verbundpartnerschaft erarbeitet und verabschiedet, welche die Magglinger Leitlinien ersetzt. Inzwischen wurde sie grafisch gestaltet und steht den Verbundpartnern gedruckt zur Verfügung. Die Charta definiert wichtige Spielregeln für die Zusammenarbeit anhand der Stichworte „planen“, „entscheiden“, „umsetzen“ und „evaluieren“. Anders als bei den Magglinger Leitlinien werden dabei jedoch keine aktuellen Themen oder Projekte genannt. Der EBBK ist es ein Anliegen, dass die Charta an möglichst vielen Orten zum Einsatz kommt. Da die Charta keinen rechtsverbindlichen Charakter hat, lädt die EBBK alle Verbundpartner ein, sie präventiv einzusetzen und so Konflikten vorzubeugen.

→ [die Charta kann hier bestellt werden](#)

NQR Berufsbildung: bald über 250 Abschlüsse eingestuft

Mit dem Ziel, Bürokratie abzubauen und die Anzahl eingestufte Abschlüsse beim Nationalen Qualifikationsrahmen NQR zu erhöhen, hat das SBFi im Sommer 2016 ein vereinfachtes Verfahren eingeführt. Dabei wird jeder Abschlusstyp generell in ein Standardniveau eingestuft. Auf einen aufwändigen Einzelantrag kann verzichtet werden. Die EBBK liess sich an der Sitzung vom SBFi darüber informieren, dass per Juli 2017 106 neue Einstufungen zu den bisherigen 155 dazukommen werden. Dabei wurden insgesamt 110 dieser Einstufungen mit Hilfe des vereinfachten Verfahrens beantragt.

→ [mehr Informationen](#)

Organisationen der Arbeitswelt: Definition muss nochmals überarbeitet werden

Die Frage der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats GPK, wie der Begriff Organisation der Arbeitswelt (OdA) definiert werden soll, beschäftigt die EBBK weiter. Das SBFi schlägt vor, mit der Klärung die Aufgaben in Bezug auf die Berufsbildung aufzuzeigen. Hier sieht das SBFi eine strategische Aufgabe für die Dachverbände und eine operative für die Trägerschaften. Die Meinungen der EBBK fielen unterschiedlich aus. Während einige Mitglieder den Vorschlag begrüssen, wünschen andere weitere Klärungen. Unter anderem sollte nach Meinung dieser Mitglieder der Begriff OdA als Überbegriff ebenfalls beschrieben werden. Das Sekretariat der EBBK wird den Vorschlag aufgrund der Rückmeldungen überarbeiten und der EBBK erneut vorlegen.

→ [mehr Informationen](#)

Aufsichtsinstrumente: EBBK setzt auf Kennzahlen

Gemäss Berufsbildungsgesetz sorgen die Kantone für die Aufsicht in der beruflichen Grundbildung. Der Bund ist zuständig für die Oberaufsicht und überwacht die kantonale Aufsicht. Die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats GPK stellte im März 2016 in einem Bericht die Frage, ob die Aufsichtsinstrumente genügen. Um diese Frage zu klären, hat die EBBK an einer Klausur im August 2016 dem SBFi empfohlen, statt auf weitere Aufsichtsinstrumente auf Transparenz (Kennzahlen) zu setzen. Das Observatorium des Eidgenössischen Hochschulinstituts für Berufsbildung EHB hat daraufhin einen Vorschlag mit 25 Kennzahlen erarbeitet. Die meisten Kennzahlen liegen heute bereits vor und die Sammlung verursacht keinen Mehraufwand. Die EBBK ist mit dem Vorschlag grundsätzlich einverstanden, schlägt jedoch vor, die Kennzahlen in Richtung Indikatoren weiterzuentwickeln und sich Gedanken über die Verwendung zu machen. Diese Rückmeldungen werden dem EHB mit dem entsprechenden Auftrag weitergeleitet.

Verbundpartnerschaftliche Beschlüsse: Fokus auf Erfolge legen

Auf Empfehlung der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats GPK hat das Sekretariat der EBBK einen Vorschlag ausgearbeitet, wie die Umsetzung verbundpartnerschaftlicher Beschlüsse künftig konkreter und verbindlicher erfolgen kann. Ab 2019 sollen zudem verbundpartnerschaftliche Schwerpunkte für die BFI-Botschaft 2021-2024 beschlossen werden. Die EBBK genehmigt das Vorgehen. Es sei davon auszugehen, dass weniger Beschlüsse gefasst werden, diese aber verbindlicher sind. In Bezug auf die BFI-Botschaft sieht die Kommission aber auch Vorteile. Bei Einigkeit unter den Verbundpartnern betreffend konkreter Massnahmen könnten entsprechende Mittel für die Berufsbildung generiert werden.